



Landesbauerntag 2019

Horper fordert Unterstützung bei Verbesserung des Risikomanagements

Koblenz. Die 250 Besucher des 3. Landesbauerntages in Koblenz setzten sich intensiv mit der künftigen Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Risikomanagements auseinander. In seiner Grundsatzrede erklärte der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes, Michael Horper, dass sich die Gesellschaft in einer Zeit des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruches befinde. Die Stabilität der letzten Jahrzehnte weiche einem beängstigenden Maß an Populismus und staatlichem Egoismus. Anstatt zusammenrücken würden, kämpften die Staaten mehr und mehr wirtschaftlich gegeneinander. Auch die Polarisierung zwischen Stadt und Land nehme wirtschaftlich und infrastrukturell weiter zu. Dabei sei die Kluft zwischen Stadt und Land ein Nährboden für gesellschaftliche Spannungen und somit ein wesentlicher Grund für den Erfolg populistischer Bewegungen. Dies müssten die politischen Entscheidungsträger endlich wahrnehmen und entsprechend handeln.

Noch sei die Landwirtschaft in Europa ein stabiler Pfeiler des Zusammenhalts und des Friedens. Dies dürfe die EU nicht aufs Spiel setzen. Abkommen, wie der EU-/US-Rindfleisch-Deal, der die europäischen Bauern zugunsten der Industrie belaste, lasse hieran zweifeln. Plötzlich würden Tierwohlstandards und Klimaschutz mit den Füßen getreten, denn amerikanische Standards lägen weit unterhalb den deutschen Anforderungen. Zudem müsse das US-Fleisch über den Atlantik transportiert werden, was selbstverständlich den CO₂-Ausstoß erhöhe. Gleichzeitig diskutiere Deutschland über die Einführung einer CO₂-Steuer zur Reduzierung der Treibhausgase. Das sei Doppelmoral pur und bedrohe die hiesigen familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe.

Horper: „Die Doppelmoral ist aber auch eine Verhaltensweise vieler unserer Bürgerinnen und Bürger, die teilweise zum Fleischverzicht aufrufen, aber Grünland

erhalten möchten, sie fordern die Erzeugung heimischer Lebensmittel, gleichzeitig aber auch eine massive Einschränkung der Düngung, der Tierhaltung und des Pflanzenschutzes. Sie fordern mehr Öko-Landwirtschaft, haben aber keine Ahnung von den Produktionsanforderungen an Biobetriebe“. All dies lasse sich mit dem Einkaufsverhalten unserer Gesellschaft nicht in Einklang bringen, erklärte Horper. Das Einkaufen bei Discountern zu Billigpreisen, die steigende Anzahl zugelassener SUVs, der Anstieg der Flugreisen, inklusive hoher CO₂-Ausstoß, und vieles mehr würden eine andere Sprache sprechen. Er sei geradezu sprachlos vor der Verlogenheit unserer Gesellschaft, die den eigenen Anspruch an den Umweltschutz nicht umsetze, sondern ihr schlechtes Gewissen erleichtern würden, indem sie hohe Auflagen für die Landwirtschaft begrüßen würden.

Der Klimawandel bedrohe die Landwirtschaft, die sich zunehmend mit Wetterextremen auseinandersetzen müsse. Dabei leiste gerade dieser Berufsstand Vorbildliches für den Umwelt- und Artenschutz. Das Eigeninteresse am Klimaschutz sei existentiell, so Horper. Deshalb habe der Berufsstand bereits eine Klimastrategie und eine Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Der Berufsstand mache seine Hausaufgaben, betonte der Präsident. Immerhin würden gut 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen in Rheinland-Pfalz unter besonderer Berücksichtigung des Umwelt- und Naturschutzes bewirtschaftet. Die Landwirtschaft sei Teil der Lösung und weder Täter noch Opfer. Sie biete bereits heute ein riesiges Potential, das ausgebaut werden könne, nämlich die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe, von Biokraftstoffen, sie biete eine effiziente Kreislaufwirtschaft und setze eine ressourcenschonende Bewirtschaftungsweise um.

Um die Möglichkeiten der Landwirtschaft noch deutlich auszuweiten, forderte Horper die Politik auf, den Anteil der Bioenergie am deutschen Strommix deutlich zu erhöhen, die nationale Eiweißstrategie weiter zu entwickeln und konsequent umzusetzen, damit die Sojaimporte nachdrücklich zurückgedrängt würden. Eine Änderung des Bau- und Umweltrechtes müsse in Angriff genommen werden, damit Wasserauffangstationen gebaut werden könnten, um in regenstarken Zeiten Wasser für Trockenperioden sammeln zu können. Horper machte deutlich, dass mit einem guten Risikomanagement die Betriebe die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen könnten. Da die

Wetterextreme das Ertragsrisiko und die Marktrisiken deutlich erhöhten, zusätzliche Verschärfungen, wie die Düngeverordnung, das Wirtschaften aber erschwerten und die Flexibilität einschränkten, gewinne ein angepasstes Risikomanagement sowohl betrieblich, als auch politisch an Bedeutung.

Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass vermeintliche Soforthilfen alles andere als schnelle Hilfen gewesen seien. Zum einen sei der bürokratische Aufwand enorm gewesen und zum anderen seien die Erwartungen an die Hilfspakete nicht erfüllt worden. Unternehmensorientierte Lösungen seien deutlich effizienter. Diese könnten Versicherungsmodelle sein, die aber gerade bei der Dürreversicherung aktuell zu teuer seien. Zum einen müsse die Versicherungssteuer endlich verschwinden und zum anderen müsse eine staatliche Bezuschussung der Versicherungsprämien diese attraktiver gestalten. Eine deutsche staatliche Unterstützung würde Wettbewerbsverzerrungen mit den Nachbarländern, wie die Niederlande, Luxemburg oder Frankreich, die ihre landwirtschaftlichen Risikomanagementsysteme ebenfalls unterstützten, nivellieren. Die Marktdurchdringung würde verbessert und die staatlichen Hilfen kämen als Zuschuss zur Versicherung schließlich schnell und umfassend den Betrieben zugute, was von Soforthilfen nicht behauptet werden könne. Die hierfür notwendigen Finanzmittel, die bis zu 500 Millionen Euro deutschlandweit betragen würden, dürften weder der ersten noch der zweiten Säule entnommen werden. Die Abdeckung von Ernte-, Seuchen- und Marktrisiken erfordere „frisches Geld“. Die Direktzahlungen seien auf dem bisherigen Niveau zu erhalten, da vor allem die kleinen und mittleren Betriebsstrukturen, wie sie gerade in Rheinland-Pfalz vorherrschten, die einkommensstabilisierende Unterstützung durch die erste Säule dringend benötigten.

Staatssekretär Andy Becht sagte in seiner Ansprache zu, geeignete Risikomanagementsysteme zu prüfen und zu unterstützen. Zuerst seien aber die landwirtschaftlichen Unternehmer gefragt, eigenverantwortlich aktiv zu werden. Schließlich könnten sie auch selbst Schutzmaßnahmen durchführen. Eine erhebliche Rolle spiele dabei auch die Digitalisierung, die die Risikobeherrschung effektiver gestalten könne. Er bestätigte aber Horpers Aussage, dass zusätzliche Leistungen nur über zusätzliche Gelder finanziert werden könnten. Eine Umschichtung von Finanzmitteln aus der ersten Säule werde es zur Unterstützung von

Risikomanagementsystemen nicht geben. Über die zweite Säule würden Agrar- und Umweltmaßnahmen finanziert, sowie Investitionen in moderne Techniken. Auch werde die Landesregierung die Reduzierung bzw. Abschaffung der Versicherungssteuer vorantreiben. Dies werde auch bei der Ende September stattfindenden Agrarministerkonferenz in Mainz besprochen werden. Er sei bereit, der Landwirtschaft in dieser Frage den Rücken zu stärken. Für die Unterstützung einer stabilen und klimafreundlichen Landwirtschaft sei aber auch die Gesellschaft gefragt. Über Handelsabkommen würden zwar für die Landwirtschaft zweifelhafte Importe ermöglicht, es liege aber an den Verbrauchern, die amerikanischen Produkte zu kaufen oder abzulehnen.

Dr. Frank Offermann vom Thünen-Institut stellte fest, dass für die landwirtschaftlichen Betriebe die Preisschwankungen viel bedeutender seien als die Ertragsschwankungen. Die Einkommensschwankungen seien in der Landwirtschaft mit 40 bis 50 Prozent insgesamt sehr hoch. Nur sechs Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebsleiter würden ihr eigenes Risikomanagement als ausreichend ansehen.

Offermann sieht eine staatliche Förderung von Risikomanagementsystemen kritisch. Seiner Meinung nach verdränge eine staatliche Förderung eigenbetriebliches und eigenverantwortliches Management. Darüber hinaus führten staatliche Eingriffe zu Wettbewerbsverzerrungen. Die Staaten hätten die Möglichkeit, Versicherungsprämien, Fonds auf Gegenseitigkeit oder Fonds zur Einkommensstabilisierung finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus könnten produktionstechnische Maßnahmen sowie Beratungsdienste unterstützt werden. Soforthilfemaßnahmen seien hingegen für die Abmilderung akuter Katastrophen gedacht. Wenn der Staat allerdings Risikoabsicherungen unterstützen wolle, müsse er prinzipiell entscheiden, ob er Risiken über Mengen, Preise, Erlöse oder Einkommen absichere.

Während in Deutschland die Absicherung der Produktion in der Diskussion stehe, würde beispielsweise in den Vereinigten Staaten überwiegend die Absicherung von Erlösrisiken gefördert. Offermann stellte die Vor- und Nachteile einer Indexversicherung, die auf Schadensfaktoren, wie Niederschläge, Dürre oder Temperaturen fuße, schadensbasierten Versicherungen, wie sie in Deutschland üblich

seien, gegenüber. Indexbasierte Versicherungen benötigten keine Schadensbegutachtung, es gebe kaum Rechtsstreitigkeiten, eine bessere Rückversicherbarkeit, während aber die Gefahr einer Über- oder Unterkompensation in vielen Fällen sehr wahrscheinlich sei. Die Förderung von Rücklagenbildung sei hingegen als Hilfe zur Selbsthilfe zu sehen. Sie stärke das betriebliche Risikomanagement und die eigenbetriebliche Vorsorge. Ziel sei es, die Liquidität, im Schadenfall deutlich zu verbessern. Wichtig sei Offermann allerdings, dass alle Maßnahmen zum Risikomanagement in ein Gesamtkonzept eingebettet würden. Es müsse das Ziel der Politik sein, den landwirtschaftlichen Unternehmen ihre betriebliche Flexibilität angesichts einer unsicheren Zukunft zu bewahren.

Udo Hemmerling, der stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes machte darauf aufmerksam, dass sich im Laufe der Jahrzehnte die Winterruhe im Bundesdurchschnitt von 130 auf 103 Tage reduziert habe. Somit stünde der Landwirtschaft ein Monat mehr an Vegetationszeit zur Verfügung. Daher seien Anpassungsstrategien, wie Anbaudiversifizierung, Züchtung, Verbesserung der Wasserhaltefähigkeit durch konservierende Bodenbearbeitung, Be- und Entwässerungstechnik, klimagerechtere Stallbauten, Frost- und Hagelschutztechnik sowie Versicherungslösungen weiterzuentwickeln. Dabei sei zwischen der eigenbetrieblichen Vorsorge, den staatlich unterstützten Absicherungen sowie ad hoc-Hilfen in Krisenzeiten zu unterscheiden. Der Deutsche Bauernverband, so Hemmerling, setze sich für die Stärkung der einzelnen Betriebe ein.

Vorhandene Risikolücken müssten geschlossen werden. Hierzu seien staatliche Hilfsmaßnahmen zur Risikoabsicherung sowie unbürokratische Soforthilfen notwendig und sinnvoll. Der Deutsche Bauernverband strebe die Einführung einer steuerlichen Gewinnrücklage sowie die Einführung einer ermäßigten Versicherungssteuer an. Darüber hinaus müssten die Versicherungsgesellschaften zielgenaue Dürreversicherungen anbieten. Eine steuerlich befreite Risikorücklage dürfe zeitlich nicht befristet sein, sondern sei dauerhaft in der jeweiligen Bilanz auszuweisen. Diese sei nur für klar definierte Krisen durch die Betriebe einsetzbar.

Positiv sieht Hemmerling die voraussichtliche Einführung einer steuerlich wirksamen Gewinnglättung, die allerdings über drei Jahre bis zum Jahr 2022 befristet sein werde. Dürreschäden seien versicherungstechnisch nur schwer zu regulieren, sodass hier wohl Indexversicherungen das Mittel der Wahl seien. Aufgrund des hohen Schadensrisikos seien auch die Versicherungsprämien so hoch, dass erst die staatliche Unterstützung die Prämien für die Betriebe attraktiv machen könne.

Dr. Rainer Langner, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigte Hagel-Versicherungsgesellschaft, erläuterte die Möglichkeiten der Versicherungsgesellschaften aus deren Sicht: „Der Preis des Nichtstuns wird mit Sicherheit höher sein als der Preis des Handelns“. Langner stellte die seit Jahren anhaltende klimatische Entwicklung in Deutschland dar. Frost- und Dürreereignisse hätten hier zu enormen Schäden in der Landwirtschaft geführt. Alleine die Dürreschäden in 2018 betrügen laut Langner rund 3 Milliarden Euro. Auch 2019 sei mit über 500 Millionen Euro Schaden zu rechnen. Langner bestätigte die Aussage Hemmerlings, dass Dürreschäden effektiv nur über eine indexbasierte Versicherung reguliert werden könnten. Alle anderen Versicherungen seien schadensbasiert. Langner kritisierte, dass Deutschland neben Bulgarien das einzige Land Mittel- und Südeuropas sei, das den landwirtschaftlichen Betrieben keine finanzielle Prämienunterstützung gewähre. Hier müsse Deutschland dringend einlenken, damit den landwirtschaftlichen Unternehmen entsprechende Schutzsysteme angeboten werden könnten.

Am Nachmittag stellte während einer Podiumsdiskussion auch Landwirtschaftsminister Romain Schneider aus Luxemburg die dortigen Maßnahmen vor. Luxemburg habe eine ausgeprägte Versicherungstradition. Die Beihilfen für die Versicherungsprämien seien in 2019 von 50 auf 65 Prozent erhöht worden. Die Landbewirtschaftung sei nun einmal mit Wetterrisiken verbunden. Die Nahrungsmittelerzeugung sei von gesellschaftspolitischer Relevanz, sodass Wetterrisiken von staatlicher Seite abgepuffert werden müssten. Es stehe den Betrieben selbstverständlich frei, wie sie ihre Risiken absichern wollten. Mittlerweile gebe es in Luxemburg sogar eine neue Dürreversicherung für Grünlandbetriebe. Im Obstbereich gebe es noch versicherungstechnische Lücken, die es zu schließen gelte. Die Ernährung habe in

Luxemburg einen Sonderstatus. Dies sei der Grund, weshalb seine Regierung die Versicherungsprämien finanziell unterstütze. Die Diskussion darüber werde in Luxemburg jährlich geführt, da die Finanzmittel schließlich im Parlament verabschiedet werden müssten. Hier würden wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte diskutiert. Nur wenn gesichert sei, dass mit der wirtschaftlichen Unterstützung der Betriebe deren nachhaltige Bewirtschaftung gesichert bleibe, werde die finanzielle Unterstützung fortgeführt.

Präsident Michael Horper zeigte sich sehr zufrieden über den Verlauf des 3. Landesbauerntages, der nicht nur von den Bäuerinnen und Bauern, sondern auch von der Politik und den Medien intensiv verfolgt worden sei.

Herbert Netter